

Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990

Neuere Literatur (1990-1996)

Von Manfred Agethen

Nachdem die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 10. Juni 1945 mit ihrem »Befehl Nr. 2« die Bildung »antifaschistischer Parteien« und »freier Gewerkschaften« in ihrem Besatzungsgebiet gestattet hatte, trat die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD, später meist nur CDU) am 26. Juni mit ihrem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Bereits am 11. Juni war die (Neu-)Gründung der KPD, am 15. Juni die der SPD erfolgt; am 5. Juli konstituierte sich die Liberal-Demokratische Partei (LDP, seit 1951 LDPD). Diese vier Parteien schlossen sich bereits am 14. Juli 1945 zu einer »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien« zusammen. In diese – seit Juni 1949 nannte sie sich »Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen« – wurden 1948 auf Drängen der SED auch die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) aufgenommen, die im selben Jahr auf Betreiben der Einheitspartei gegründet worden waren. Auch die ursprünglich als überparteiliche Verbände entstandenen, aber rasch von der SED dominierten Massenorganisationen wurden seit 1947 als mit den Parteien gleichberechtigte Glieder in den »Block« einbezogen. Die Gründung der zwei neuen Parteien und die Instrumentalisierung der Massenorganisationen waren von SMAD und SED primär zur Schwächung und politischen Domestizierung der »bürgerlichen« Parteien CDU und LDP gedacht. Tatsächlich gelang es den Kommunisten in den Jahren 1948 bis 1952, ihnen mißliebigen politischen Kräften, die an parlamentarisch-demokratischen Verfahren oder auch an christlichen Überzeugungen festhalten wollten, durch physischen und psychischen Druck und durch taktische Finessen ihren politischen Willen aufzuzwingen. Die vier »kleineren« Blockparteien und die Massenorganisationen waren in der Folgezeit (und blieben es bis zum Ende der DDR) weitgehend unselbständige Hilfsorgane der SED, die nach außen hin demokratische Verhältnisse vorgaukeln, die kommunistische Einparteienherrschaft kaschieren und als Transmissionsriemen der »führenden Partei« deren politisch-ideologische Vorgaben an die verschiedenen Bevölkerungsgruppen vermitteln sollten.

Als Kernstück des politischen Systems der DDR hat das »sozialistische Mehrparteiensystem« nach der deutschen Wiedervereinigung und der damit

verbundenen Öffnung der Archive das besondere Interesse der Forschung gefunden. Nach der SED gilt dies vor allem für die CDU. Sie war die größte unter den kleineren Blockparteien, die zusammen knapp 500.000 Mitglieder hatten,¹ genoß unter diesen eine bevorzugte Stellung hinsichtlich ihrer Funktionen im Staats- und Wirtschaftsapparat,² vertrat als einzige eine offiziell von der atheistischen SED abweichende Weltanschauung, und sie spielte wegen ihres Bemühens um die christlichen Bevölkerungskreise eine – zumindest zeitweilig – wichtige Rolle in dem für das Gesamterscheinungsbild der DDR wichtigen Staat/Kirche-Verhältnis. Außerdem ist die Aktenlage günstig: Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin ist das ehemalige zentrale Parteiarchiv der Ost-CDU vollständig erhalten, dazu die Bestände der Bezirksverbände und – z. T. lückenhaft – der Kreisverbände der Partei.³ Die Akten sind Eigentum der mit Erlaß des Bundesministers des Innern vom 6. April 1992 eingerichteten »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv (SAPMO-BArch). Wie für alle in diese Stiftung eingebrachten Bestände ist auch für die der Ost-CDU die sonst übliche Sperrfrist von 30 Jahren – außer bei datenschutzrelevanten personenbezogenen Akten – aufgehoben. Die Materialien sind also der Forschung zugänglich.

Eine zusammenfassende, monographische Darstellung zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1990 ist bislang nicht erschienen.⁴ Noch sind die einschlägigen Akten nicht vollständig erschlossen,⁵ noch

1 Im September 1989 hatte die Ost-CDU 134.500 Mitglieder. Umfassende Angaben zur Mitgliederstärke und zur sozialstatistischen Entwicklung der Partei zwischen 1945 und 1989 in einem Kompendium, das der Ost-CDU-Parteivorstand im Sommer 1990 erarbeiten ließ. Es befindet sich unter der Signatur VII-011-3857 im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP). Die DBD hatte zum selben Zeitpunkt 125.000, die LDPD 113.000, die NDPD 112.000 Mitglieder.

2 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die »befreundeten Parteien« der SED. DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, S. 78-84.

3 Manfred AGETHEN, *Die Akten der Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Eine Bestandsbeschreibung*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 309-311.

4 Gute Ansätze auf breiter Quellengrundlage bei Markus KIEFER, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der ehemaligen DDR: Struktur, Programm und Politik einer Blockpartei, 1949 bis 1989*, ungedruckte Magisterarbeit an der Philos. Fakultät der Universität des Saarlandes, 1993. Vgl. auch den Überblick bei Manfred AGETHEN, *Die CDU in der DDR*, in: *Kleine Geschichte der CDU*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Stuttgart 1995, S. 201-249, und die knappe Skizze bei Stephan ZEIDLER, *Entstehung und Entwicklung der Ost-CDU 1945-1989. Zum Wandlungs- und Gleichschaltungsprozeß einer Blockpartei*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 16-17/96, 12. April 1996, S. 22-30.

5 Neben denen im ACDP kommen vor allem die der Abteilung »Befreundete Organisationen« beim ZK der SED in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) in Frage sowie auch die archivalisch noch kaum

fehlt es an Vorarbeiten, insbesondere an Einzelstudien zu spezifischen Zeitabschnitten oder Feldern der Parteiarbeit.

Die seit 1990 erschienenen Arbeiten zur DDR-CDU konzentrieren sich im wesentlichen auf vier Themenbereiche, die im folgenden behandelt werden sollen:

1. Auf die Anfänge der Partei in der SBZ und den Prozeß der Gleichschaltung mit dem politischen Willen der SED
2. Auf das Verhältnis zur SED sowie auf Rolle und Funktion im »sozialistischen Mehrparteiensystem«
3. Auf die Rolle der CDU im Staat/Kirche-Verhältnis in der DDR
4. Auf den inneren Transformationsprozeß der Partei im Zuge der »Wende« in der DDR

1. Die Anfänge der CDU in der SBZ und der Prozeß der Gleichschaltung mit dem politischen Willen der SED

Michael Richter hat in seiner von Alexander Fischer betreuten Bonner Dissertation die frühen Jahre der CDU in der SBZ/DDR als ein Ringen um den Erhalt christlicher, demokratischer und gesamtdeutscher Optionen gegen den Gleichschaltungsdruck von SMAD und SED gekennzeichnet.⁶ Beide wollten in einem »antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungsprozeß« das stalinistische Grundmodell von Sozialismus auf einen Teil Deutschlands übertragen.⁷ Mit massiven Behinderungen wurden die nichtkommunistischen Parteien CDU und LDP, die mit ihren für die SED unerwarteten Erfolgen bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 deren Führungsanspruch

aufbereiteten Akten der MfS-Hauptabteilung XX/1, die zur Sicherung des Staatsapparates auch die Blockparteien zu beobachten hatte.

6 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 19), 2. korrig. Aufl., Düsseldorf 1991. Vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU(D))*, in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, hrsg. von Martin BROZAT und Hermann WEBER, München 1990, S. 515-543.

7 Zur SMAD vgl. Jan FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, in: *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 6), S. 7-69. Neuerdings: Stefan CREUZBERGER, *Die Sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 3), Weimar-Köln-Wien 1996. Auch: Alexander FISCHER, *Der Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd.II/1, Baden-Baden 1995, S. 30-40.

gefährdeten, auf den prokommunistischen, am sowjetischen Vorbild orientierten Kurs gezwungen. Bereits im Dezember 1945 setzten die Sowjets die CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber wegen ihres Widerstandes gegen die Praktiken der Bodenreform ab, im Dezember 1947 zwangen sie deren Nachfolger Kaiser und Lemmer wegen ihrer Ablehnung der Volkskongreßbewegung zum Rücktritt. Mindestens bis zur Ausschaltung Kaisers Ende 1947, der seine Partei zum »Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus« machen wollte, war die CDU im Rahmen ihrer Möglichkeiten die wirksamste antikommunistische Kraft in der SBZ. Willkürliche Abberufungen aus politischen Ämtern, lückenlose Kontrolle der CDU-Fraktionen und ihrer Ausschüsse in den Landtagen sowie ihrer Parteitage und Konferenzen, Bespitzelung, Erpressung, Verhaftungen, Schauprozesse und sogar Hinrichtungen⁸ zwangen in den folgenden Jahren aufrechte Demokraten zur Aufgabe, zur Flucht in den Westen oder zur Anpassung an den Kurs der SED.⁹

Die Prozesse der Kontrolle, Einschüchterung und Verfolgung »bürgerlicher« Politiker waren nicht nur auf der Ebene der zentralen Parteileitung in Berlin, sondern auch in den Landesverbänden zu beobachten. In Sachsen, das zum einen wegen seines hohen Industrialisierungsgrades und wegen seiner traditionellen Stärke der Arbeiterbewegung für die Kommunisten von besonderem Interesse war und das zum anderen unter allen CDU-Landesverbänden den stärksten Mitgliederaufschwung nahm – mit von Anfang an deutlichen Kennzeichen einer wirklichen Volkspartei –, zeigte sich schon an der Behandlung der CDU im Zusammenhang der Bodenreformfrage 1945/46, daß die SMAD keine wirklich freie Entwicklung dieser Partei zulassen wollte.¹⁰ Der sächsische Landesvorsitzende Hugo Hickmann wurde im Januar 1950 nach monatelangen Pressekampagnen abgesetzt, weil er den Führungsanspruch der SED in Frage gestellt, die Zusammenarbeit mit

8 Besonders tragisch etwa der Fall Ernst Wilhelm/Johann Muras vom Jahr 1952 in Obergera in Thüringen, der dringend näherer Beleuchtung bedürfte. Erste Hinweise bei Karl Wilhelm FRICKE, *Opposition, Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR*, in: Brigitte KAFF (Hrsg.), *»Gefährliche politische Gegner«. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 9-25, hier 16 f.

9 Vgl. dazu auch Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1953*, in: Jürgen FRÖLICH (Hrsg.), *»Bürgerliche-Parteien in der SBZ/DDR: Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945-1953*, Köln 1994, S. 47-72. Brigitte KAFF (wie Anm. 8), im Blick auf die CDU vor allem interessant die Beiträge von Michael RICHTER, *Vom Widerstand christlicher Demokraten in der DDR*, S. 107-124, und Franz-Josef KOS, *Der Erfurter Schauprozeß und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/53*, S. 125-158. Richter bringt zahlreiche Beispiele für die Repressionen gegen demokratisch orientierte CDU-Politiker in den Jahren 1948-1952. Kos zeigt am Beispiel von drei Gerichtsverfahren gegen Thüringer CDU-Mitglieder Methoden und ideologische Zielsetzungen von Schauprozessen auf.

10 Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 83-117.

ihr im Landesblockausschuß verweigert und die private Wirtschaft verteidigt hatte.¹¹ Das war der Beginn einer regelrechten Terrorkampagne gegen die CDU in der gesamten DDR und im Ostsektor von Berlin, in deren Folge auch der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Erich Fascher, und der mecklenburgische Wirtschaftsminister Witte abgesetzt wurden. Auch in Thüringen wurden demokratische Politiker und Anhänger des Kaiser-Kurses wie der 1. stellvertretende Landesvorsitzende Hugo Dornhofer, der Minister für Handel und Verkehr Georg Grosse oder der Fraktionsvorsitzende im Landtag Karl Magen systematisch ausgeschaltet.¹²

Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949, der die CDU unter Otto Nuschke widerwillig und nur in der Hoffnung auf Erweiterung des politischen Spielraums durch die für Herbst 1950 zugesagten freien Wahlen zugestimmt hatte, verstärkte sich der Druck auf die bürgerlichen Politiker. Bis zum 6. Parteitag der CDU im Oktober 1952, bei der sie die führende Rolle der SED »vorbehaltlos« anerkannte, war die Partei von allen mißliebigen Funktionären gesäubert. Sie verlor durch die Repressionsmaßnahmen bis 1950 ca. 25 Prozent ihrer Mitglieder. Als Ergebnis des Gleichschaltungsprozesses konstatiert Richter »eine entkernte CDU, deren christliche Fassade personell, programmatisch und organisatorisch marxistisch-leninistisch aufgefüllt war«.¹³ Auf eindrucksvoll breiter Materialbasis – die neuen archivalischen Zugangsmöglichkeiten nach dem Ende der DDR konnte er noch nicht nutzen – rekonstruiert Richter die personellen, parteistrategischen und internationalen Zusammenhänge in der SBZ/DDR in der Hochphase des Kalten Krieges. Dabei wird auch klar, daß mit der erzwungenen Anpassung der DDR-CDU an den SED-Kurs der konzeptionelle Konsens mit der West-CDU zwangsläufig verloren ging.

2. Die Rolle im »sozialistischen Mehrparteiensystem«

Wenn 1991 in einem Literaturbericht zur Geschichte der DDR mit Recht beklagt wurde, daß neuere, quellengesättigte Untersuchungen zu den Blockparteien, vor allem zu CDU und LDP, noch nicht vorlägen,¹⁴ so trifft dies heute auf die Ost-CDU in deutlich geringerem Maße zu. So erschien 1995

11 Michael RICHTER (wie Anm. 6), S. 222 ff.

12 Markus KIEFER, *Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952)*, hrsg. von der CDU Thüringen, Erfurt o. J. (1995). Entsprechende Vorgänge im Landesverband Mecklenburg vgl. bei Friedrich-Wilhelm SCHLOMANN, *Mit so viel Hoffnung fingen wir an*, München 1991.

13 Michael RICHTER (wie Anm. 6), S. 91; vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 370-384.

14 Werner MÜLLER, *Neuere Literatur zur Geschichte und Politik der DDR*, in: *Neue Politische Literatur* 36 (1991), S. 58-75, hier S. 68.

ein Sammelband, in dem 14 zumeist junge Wissenschaftler auf breiter Quellengrundlage (neben Archivalien auch Zeitzeugenberichte) Entwicklung, Rolle und Funktion der DDR-CDU im »sozialistischen Mehrparteiensystem« beleuchten.¹⁵ Meist entstanden die Beiträge im Zusammenhang größerer Forschungsvorhaben. Der Band folgt keinem einheitlichen Gesamtplan, einige Tätigkeitsfelder und Interessengebiete der CDU, wie z. B. die internationalen Kontakte oder die Kulturpolitik, werden fast gar nicht angesprochen, die 60er und 70er Jahre finden, wie schon in der westdeutschen Forschung der Vergangenheit, nur spärliche Berücksichtigung – kein entscheidender Mangel allerdings, weil sich in diesem Zeitraum in den DDR-Parteien in der Tat nicht viel bewegte. Insgesamt entsteht ein durchaus aussagekräftiges Bild, das erste Hinweise zur historischen Einordnung der Ost-CDU, insbesondere zur Einschätzung der jeweiligen Rolle von Funktionären und von Mitgliedern liefert und auf die erheblichen Differenzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Leben der Blockparteien verweist. Schwerpunkte liegen bei der Gründungsphase und den frühen Entwicklungsjahren in der SBZ/DDR, bei den kirchenpolitischen Funktionen der Partei sowie bei ihren internen Organisationsstrukturen.

Die Beiträge im einzelnen: Alexander *Fischer* würdigt Andreas Hermes als herausragende Gründergestalt der CDU in Berlin, zeigt aber zugleich, daß sich seine Hoffnung, Berlin die überzonale Führungsrolle unter allen christlich-demokratischen Gründungen zu sichern, nicht erfüllte.

Manfred *Wilde* stellt mit Friedrich Karl v. Zitzewitz-Muttrin einen vergessenen Mitgründer der CDU vor und skizziert seine Rolle bei der Nahrungsmittelversorgung nach dem Krieg in Berlin.

Stefan *Creuzberger* diskutiert anhand einer sowjetischen und einer amerikanischen Quelle vom März 1948 die Frage, ob Ernst Lemmer – nach Jakob Kaiser von Anfang 1946 bis Ende 1947 der zweite Mann der SBZ-CDU – womöglich aus opportunistischen Gründen zur Abkehr von Kaiser und zu einer Zusammenarbeit mit den Sowjets bereit war, nachdem und obwohl diese kurz zuvor beider Absetzung als CDU-Vorsitzende bewirkt hatten. In vorsichtig abwägender Interpretation legt Creuzberger den Schluß nahe, daß Lemmers in der Tat nicht ganz durchsichtiges Handeln eher pragmatischen und taktischen Überlegungen entsprang: scheinbares Entgegenkommen gegenüber der SMAD, um Arbeitsmöglichkeiten und Überleben der eigenen Partei zu sichern.

Frank *Dietze* untersucht die Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der SBZ/DDR-CDU in den Jahren 1945-1952 und arbeitet das Ringen der Parteileitung um Eigenständigkeit gegenüber dem Dominanzanspruch der SED

¹⁵ Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Weimar-Köln-Wien 1995.

heraus, das schließlich in Anpassung um des politischen Überlebens willen übergang. Zugleich wird klar, daß der Gleichschaltung interne Differenzen in der CDU parallel liefen. So waren vor allem die Landesverbände mit den unter Hermes/Schreiber und Kaiser/Lemmer von Berlin ausgehenden Zentralisierungstendenzen, später, unter Nuschke, mit dessen – wenngleich vor allem pragmatisch bedingtem – Entgegenkommen gegenüber den Kommunisten unzufrieden.

Der Beitrag von Manfred *Agethen* zum »Fall Brüsewitz« vom August 1976, der die DDR-Gesellschaft wie kaum ein anderes Ereignis in den 70er Jahren erschütterte, macht klar, daß an neuralgischen Punkten der DDR-Geschichte generelle Auffassungsunterschiede zwischen Parteifunktionären und Mitgliedern hinsichtlich des Wesens und der Aufgaben der CDU hervortraten. Denn während weite Teile der Mitgliedschaft erhofft hatten, ihre Partei werde Brüsewitz' Selbstverbrennung als Fanal in seinem Sinne aufnehmen und auf Behinderungen von Christen und Kirchen in der DDR hinweisen, tat diese Brüsewitz im Sinne der SED-Sprachregelung als »Geisteskranken« ab. In ähnlicher Weise hat an anderer Stelle Udo *Wengst* auf den tiefgreifenden Dissens zwischen Parteileitung und Mitgliedschaft im Zusammenhang der Ereignisse des 17. Juni 1953 hingewiesen.¹⁶ Die von der SED und den »befreundeten Parteien« verbreitete These von der Steuerung des Aufstandes durch »westliche Provokateure und Saboteure« wurde an der Basis klar abgelehnt, die politische Dominanz der SED, die fehlende Rechtssicherheit, die marxistische Ausrichtung des Schul- und Erziehungswesens wurden scharf kritisiert.

Markus *Kiefer* untersucht die innerparteilichen Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDU in den Jahren 1952 bis 1989 und kann zeigen, daß gezielte Kaderpolitik und lückenloses Informationswesen systemkonformes Verhalten der Parteimitglieder nur partiell sichern konnten. Trotz der Säuberungswellen zu Beginn der 50er Jahre war im Innern der Partei ein starkes Potential an Unmut und kritischer Verweigerung zurückgeblieben, das sich im Zuge der Gorbatschowschen Reformen seit Mitte der 80er Jahre zunehmend artikulierte und auf dem schließlich die demokratische Erneuerung der Partei an der Wende der Jahre 1989/1990 fußte.

Wolfgang *Gudenschwager* zeigt, daß die CDU an der zunächst Teil- (1956), dann Vollverstaatlichung (1972) privater Betriebe in der DDR, bei der es sich faktisch um staatlich verordnete Zwangsverkäufe handelte und die »auf eine Liquidation des ostdeutschen Mittelstandes hinauslief« (S. 179), mit Vorschlägen, Gutachten und Überzeugungsarbeit bei den betroffenen

16 Udo WENGST, *Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 277-321.

Unternehmern intensiv beteiligt war.¹⁷ Initiative und faktische Durchführung lagen aber eindeutig beim ZK der SED.

Die »operative Westarbeit« als propagandistische Unterstützung des geschichtsteleologisch ohnehin feststehenden »Sieges des Sozialismus« wurde von der SED maßgeblich gestaltet; auch in diesem Feld hatten die kleineren Blockparteien nur Hilfsdienste zu leisten. Der Part der Ost-CDU richtete sich dabei auf die CDU/CSU im Westen, später auch auf die Kirchen in der Bundesrepublik. Martin *Rissmann* untersucht diese Kontakte in der Ära Ulbricht und konstatiert deren schon früh sich abzeichnende Erfolglosigkeit: Der Ost-CDU fehlten organisatorische und finanzielle Beweglichkeit und in den Augen ihrer bundesdeutschen Gesprächspartner vor allem ein überzeugendes Argumentationspotential.

Die Beiträge von Andreas *Schalück*, Hermann *Wentker*, Bernd *Schäfer*, Peter *Maser* und Michael *Richter* beschäftigen sich mit kirchenpolitischen Fragen bzw. mit der Rolle der CDU in der Wende; auf sie wird später eingegangen.

Neben diesem Sammelband sind in den letzten zwei Jahren einige weitere wichtige Beiträge zu Rolle und Funktion der CDU im DDR-System erschienen. Martin *Rissmann* beschreibt in seiner bei Alexander Fischer in Bonn entstandenen Dissertation auf breiter Quellenbasis einschließlich zahlreicher Zeitzeugeninterviews die politisch-ideologische Schulung der CDU-Funktionäre als eine Art »Gleichschaltung nach innen«.¹⁸ Ihr hoher politischer Stellenwert hing mit der existentiell notwendigen ideologischen Übereinstimmung mit der »führenden Partei« zusammen. Rißmann bewertet die Erfolge der Parteischulung mit deutlicher Zurückhaltung. Er macht klar, »daß es der CDU-Parteileitung nur in geringem Maße gelang, breite Teile der Mitgliedschaft zu erfassen und zu instrumentalisieren, und daß sich Formen der Anpassung und einer – zumeist passiven – Verweigerung herausbildeten, die den Lebensbedingungen in einer Diktatur zu entsprechen hatten« (S. 294).

Gleichsam als Nebenprodukt seiner Dissertation hat *Rissmann* in einem kleineren Beitrag die Geschichte der SBZ/DDR-CDU von 1945 bis 1989 zusammengefaßt.¹⁹ Einen solchen Gesamtüberblick hat auf etwas breiterer Basis auch Manfred *Agethen* versucht.²⁰ Wie in den älteren westlichen

17 Vgl. dazu auch Monika KAISER, 1972 – *Knock out für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe*, Berlin 1990.

18 Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 27), Düsseldorf 1995.

19 Martin RISSMANN, *Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 69-88.

20 Manfred AGETHEN (wie Anm. 4).

Arbeiten zur DDR-CDU²¹ erscheint bei beiden die Partei auch nach Kenntnis neuer Quellen im wesentlichen als eine unselbständige, von den Vorgaben der SED abhängige Organisation, die nicht um die politische Macht konkurrierte; dieser Zentralbefund wird sich auch bei der zweifellos notwendigen Auswertung weiterer Akten im Kern nicht ändern.²² Doch lassen beide Beiträge, ebenso wie die in dem besprochenen Ost-CDU-Sammelband, auch Zweifel berechtigt erscheinen, ob die Partei mit Zuschreibungen wie völliger Systemkonformität und SED-Hörigkeit wirklich hinreichend gekennzeichnet ist. Auf jeden Fall sind an diesem Bild zeitliche Differenzierungen und solche zwischen der Funktionseelite der Partei und der Mitgliedschaft nötig. Denn bis weit in die 50er Jahre hinein hielt sich an der Basis der Unmut gegenüber dem Führungsanspruch der SED und gegenüber der Anpassungsbereitschaft der eigenen Parteileitung.²³ Auf die Kluft zwischen der Leitungsebene der Partei und der Basis wurde im Zusammenhang der Ereignisse des Juniaufstandes und des Falles Brüsewitz bereits hingewiesen; sie wurde auch nach dem Mauerbau – wenngleich schon in abgeschwächter Form – sichtbar.²⁴ Bis zu diesem Zeitpunkt, so Reißmann, war die Ost-CDU noch keine voll durchgebildete, SED-konforme Kaderpartei; auch in der Folgezeit blieben »Zweifel am Sieg des Sozialismus, an der vielbeschworenen Gefährlichkeit des »westdeutschen Imperialismus« und die Hoffnung auf Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten für die Stimmungslage an der Basis prägend.«²⁵

21 Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West, 1945-1949*, Stuttgart 1969. Siegfried SUCKUT, *Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945-1952)*, in: Hermann WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, S. 117-178. Peter J. LAPP (wie Anm. 2). Vgl. dazu auch Siegfried SUCKUT, *Die früheren westdeutschen Forschungen zur Geschichte der Blockparteien. Leistungen und Defizite*, in: Heiner TIMMERMANN (Hrsg.), *DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven* (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 76), Berlin 1995, S. 111-115.

22 Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen WEBER (Hrsg.), *Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur* (Akademiebeiträge zur politischen Bildung, 27), München 1994, S. 99-197. Vgl. auch Hermann WEBER, *Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 16-17/96, 12. April 1996, S. 3-11, und Dietrich STARITZ/Siegfried SUCKUT, *Strukturwandel des DDR-Parteiensystems*, in: Oskar NIEDERMAYER/Richard STÖSS (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen 1993, S. 211-229, hier S. 215.

23 Vgl. dazu mit zahlreichen Beispielen, z.T. auch über die 50er Jahre hinaus, Günter BUCHSTAB, *Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 7), Bd. VII/1, S. 504-539.

24 Joachim FRANKE, *Zur Reaktion von CDU-Führung und CDU-Basis (Ost) auf den Mauerbau am 13. August 1961*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 1242-1251. Franke, der ehemalige Archivar der Ost-CDU, spricht sogar von »zwei Welten«, um den Unterschied zwischen Spitze und Basis der Partei zu kennzeichnen.

25 Martin RISSMANN (wie Anm. 19), S. 86.

Im Gegensatz zu den meisten der zuletzt erschienenen Arbeiten zur Ost-CDU war Christian v. *Ditfurth* offenbar nicht bereit, innerhalb der Partei nach Graden der Anpassungs- und Gefolgsbereitschaft gegenüber der SED zu unterscheiden. Er hat die These vertreten, den meisten »Unionsfreunden«, wie die CDU-Mitglieder sich nannten, sei es ein »inneres Bedürfnis« gewesen, die führende Rolle der SED anzuerkennen. Ditfurth hat damit die Partei pauschal als »Blockflöte« charakterisiert.²⁶ Nach seiner Einschätzung hatten auch die kleineren Blockparteien entscheidenden Anteil an den Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen in der DDR, und von der DDR-Gründung bis zur Wende habe die CDU keinerlei Vorstellungen entwickelt, die denen der SED widersprachen. In seiner bewußt als »Streitschrift« verstandenen Arbeit versucht Ditfurth die »schwer zu bestimmende Grenze zwischen Disziplinierten und Disziplinierenden« innerhalb der Partei erst gar nicht zu ziehen.²⁷

Tatsächlich aber machten die fortdauernde Unzufriedenheit an der Basis und der Mangel an ideologischer Homogenität die »befreundete Partei« in den Augen von SED und MfS zu einem unsicheren Kantonisten,²⁸ der bis zuletzt mißtrauisch beobachtet und kontrolliert wurde, dessen wichtige Kaderentscheidungen von den SED-Leitungen abzusegnen waren und dessen Fortexistenz zeitweilig ernsthaft in Frage gestellt war. Selbst dem allmächtigen Parteichef Götting, der über Jahrzehnte hinweg seine CDU nach den Vorgaben der SED führte, blieb es nicht erspart, daß 1962 das MfS Abhörmaßnahmen gegen ihn plante, weil man ihn als unzuverlässig und bei seiner unumschränkten Machtposition in der CDU als »ernsthafte Gefahrenquelle« im Fall »einer feindlichen Tätigkeit« gegen die Staatspartei einschätzte.²⁹ Insgesamt, so meint *Suckut*, zeichneten die SED- und MfS-Berichte über CDU und LDP das Bild von Parteien, »die zwar den Staat mittrugen und sich loyal verhielten, deren Mitglieder aber weithin nicht staatskonform dachten ... Unzuverlässige Verbündete also, denen die SED mißtrauisch gegenüberstand«.³⁰

Suckut, der sich seit Beginn der 80er Jahre mit den DDR-Blockparteien, insbesondere mit der CDU beschäftigt, kommt in seinen jüngsten Arbeiten immer mehr zu dem Ergebnis, daß diese doch »nicht so unmittelbar Exekutoren des SED-Willens (waren), wie es das Bild von den

26 Christian von DITFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991, Zitat S. 11.

27 Michael RICHTER in einer Rezension zu von Ditfurths Buch, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 661.

28 Siegfried SUCKUT, *Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS*, in: Jürgen FRÖLICH (wie Anm. 9), S. 103-120.

29 Siegfried SUCKUT, *DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 22), S. 152 ff.

30 Siegfried SUCKUT (wie Anm. 28), S. 107 f. Im Tenor gleich: Günter BUCHSTAB (wie Anm. 23).

»Transmissionsriemen« suggeriert. Sie wiesen rudimentäre Reste politischen Eigencharakters auf, die gerade in den Monaten des Systemwandels 1989/90 bedeutsam wurden«; sie entwickelten »mehr politischen Eigensinn ... als bisher angenommen«. ³¹ Auch Gero *Neugebauer* deutete jüngst an, daß durch weitere quellengestützte Analysen der Blockparteien womöglich festgestellt würde, daß diese doch nicht »nur Zielgruppenorganisation der SED für sperrige Bevölkerungsgruppen« waren, sondern z. T. wohl auch »mit einem autonomen Machtinteresse ausgestattete Organisationen mit parteiähnlichem Charakter«. ³²

Diesen Befund legt auch der erwähnte Beitrag von Manfred *Agethen* ³³ nahe. Hier wird an einigen Feldern der politischen Arbeit der CDU gezeigt, daß das gängige Interpretationsmuster von der bloßen Satellitenpartei differenzierungsbedürftig ist. So hatte sie etwa im Kulturbereich durchaus eigenständige Leistungen aufzuweisen. Die Publikationen der parteieigenen Verlage »Union-Verlag« und Koehler u. Amelang, die Feuilleton-Teile der CDU-Zeitungen und die Beiprogramme der großen Parteiveranstaltungen verwiesen auf ein lebendiges nichtmarxistisches Kulturleben in der DDR. Seit 1982, mit dem Auftreten der »Unabhängigen Friedensbewegung« in der DDR, begann sich die CDU vorsichtig als Umweltpartei zu profilieren. Das Zentralorgan »Neue Zeit« wurde zur einzigen Zeitung in der DDR, die pro Woche eine eigene Seite dem Thema »Umwelt« widmete. Gelegentlich, so in einem umfangreichen Papier an Honecker vom 7. März 1978, wies sie nachdrücklich auf die Benachteiligung von Christen in Staat und Gesellschaft hin. Bei der Bekämpfung der Jungen Gemeinde 1953 und bei der Einführung der Jugendweihe 1954/55 waren zumindest weite Teile der Mitgliedschaft, zeitweilig auch die Parteileitung selbst (Nuschke, Götting), gegen den Kurs der SED. Beim Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch stimmten 1972 von 22 CDU-Volkskammerabgeordneten immerhin 14 gegen das Gesetz und damit gegen die SED. Und schließlich: Wer sich nur gleichförmig mit der staatstragenden Partei hätte verhalten wollen, hätte ohne Not auch in sie eintreten können. CDU-Mitgliedschaft war also in jedem Fall eine Entscheidung gegen die SED.

³¹ Siegfried SUCKUT, *DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 22), S. 101, und DERS., *Persönlicher oder politischer Eigensinn im demokratischen Block? Bisher verschlossene Archive geben neue Informationen über die Haltung der SED gegenüber den Blockparteien*, in: *Das Parlament*, 8. Mai 1992. Ähnlich auch bereits Peter J. LAPP (wie Anm. 2), S. 149 f.

³² Geo NEUGEBAUER, *SED und Blockparteien als Gegenstand und Problem der empirischen Parteienforschung in der DDR-Forschung*, in: Heiner TIMMERMANN (wie Anm. 21), S. 176-182. Betonung des Akzents der Eigenständigkeit, freilich im Blick auf eigenständige Beiträge zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, bei Günter WIRTH, *Die Beteiligung der CDU an der Umgestaltung der DDR in den fünfziger Jahren*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), S. 125-151.

³³ Wie Anm. 4.

Natürlich kann es mit solchen Hinweisen auf gewisse Elemente der Eigenständigkeit und Formen der Unangepaßtheit – zumindest von Teilen der Mitgliedschaft – nicht darum gehen, die CDU nun plötzlich zu einer Partei von Widerständlern zu stilisieren; das war sie ganz sicherlich nicht – allenfalls in Teilen eine Partei der »Opposition im Wartestand«. ³⁴ Doch wird auch umgekehrt die pauschale Abfertigung der Mitglieder als »Blockflöten« von den heute bekannten Quellen nicht gedeckt. Hier darf in beide Interpretationsrichtungen keine Mythenbildung erfolgen.

3. Die Rolle der CDU im Staat/Kirche-Verhältnis in der DDR

Im Rahmen ihrer Funktion als »Transmissionsriemen« ³⁵ für Ideologie und Politik der Partei der Arbeiterklasse waren der CDU jene Gruppen, die man im Westen zum »Mittelstand« gerechnet hätte – Handwerker, Angestellte, kleine und mittlere Selbständige – und vor allem die christlichen Bevölkerungskreise und die Kirchen als Zielgruppen zugewiesen. Da nach kommunistischem Geschichtsverständnis die Kirchen eigentlich ein Anachronismus waren, zugleich den Absolutheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie in Frage stellten und aus der Sicht der SED möglichst aus dem öffentlich-politischen Raum zu verdrängen waren – darauf ging die Partei- und Staatsführung seit Ende der 40er Jahre aus ³⁶ –, wurde die CDU mit ihrer Aufgabenstellung zu einem schwierigen Balanceakt gezwungen. Denn zugleich wollte und mußte sie ja als »Partei von und für Christen« – wie sie sich verstand – Interessenvertretung gegenüber jenem Staat sein, der Christen und Kirchen in jeder Hinsicht reduzieren oder sie für den Kommunismus, auch mit seiner atheistischen Komponente, gewinnen wollte.

In der Forschung ist dieser Widerspruch zwischen Transmissionsaufgabe und christlicher Interessenvertretung häufig diskutiert und überwiegend ein Scheitern an dieser dilemmatischen Aufgabe konstatiert worden. Hermann Wentker und Gerhard Besier haben die Kirchenpolitik der Ost-CDU – Wentker zunächst nur für die 50er Jahre, Besier für den gesamten Zeitraum bis zum Ende der DDR – als Mißerfolgsgeschichte beschrieben. ³⁷ Wentker

³⁴ Günter BUCHSTAB (wie Anm. 23), S. 538.

³⁵ Laut Dietrich STARITZ/Siegfried SUCKUT (wie Anm. 22), S. 215, findet sich der Begriff erstmals bei John WORTMAN, *The Minor Parties in the Soviet Zone of Germany. The Communist Preparation and Use of »Transmission-Belts« to the East German Middle Class*, Diss. Univ. of Minnesota 1958.

³⁶ Thomas RAABE, *SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949-1961* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B, Forschungen, Bd. 70), Paderborn 1995, hier v. a. S. 252 f.

³⁷ Hermann WENTKER, *Ost-CDU und Protestantismus 1949-1958. Die Partei der »fortschrittlichen Christen« zwischen Repräsentationsanspruch und Transmissionsaufgabe*, in: *Kirch-*

macht dafür neben der strukturellen Aporie auch parteiinterne Richtungskämpfe verantwortlich. Während der Parteivorsitzende Otto Nuschke in den Auseinandersetzungen um die Junge Gemeinde im Frühjahr 1953 anfänglich für den verfassungsmäßig garantierten kirchlichen Freiraum plädierte, traten Götting, Dertinger und die mit Kirchenfragen befaßten Funktionäre der Partei in diesem »Kirchenkampf« unter Respektierung des absoluten Führungsanspruchs der SED auf deren Seite und votierten für die Zerschlagung der Jungen Gemeinde.³⁸ Auch in der Frage der Einführung der Jugendweihe 1954/55 handelten die CDU-Oberen, freilich nach anfänglichem Widerstreben, als Sachwalter der SED und damit gegen die Bedürfnisse der eigenen Mitgliedschaft und der Kirchen, die die Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation bzw. Kommunion verkündet hatten. Mitgliederverluste und Interessenlosigkeit bei der Zielgruppe der Christen waren die Folge.³⁹

Nuschkes Rolle im Zusammenhang dieser kirchenpolitischen Auseinandersetzungen wäre näherer Beleuchtung wert. Offensichtlich war er noch bis weit in die 50er Jahre hinein – obwohl da schon Götting weitgehend das Sagen in der Partei hatte – um mehr Eigenständigkeit gegenüber der SED bemüht; keineswegs machte er sich eilfertig zu ihrem Steigbügelhalter. Besonders unbeliebt machte er sich bei ihr, als er im Sommer 1950 die Überprüfung der bei den »Waldheimer Prozessen« gefällten Urteile verlangte. Selbst Ditfurth muß zugeben, daß er »zeitlebens kein einfacher Partner der SED« war.⁴⁰ Letztlich gab er aber immer wieder dem Drängen der SED und der Hardliner in der eigenen Partei nach. Sein Verhalten war meist taktisch bestimmt, sein Persönlichkeitsbild bleibt schillernd.⁴¹ Eine auf den neu zugänglichen Quellen fußende Biographie Nuschkes wäre wünschenswert.

Im zeitlichen Anschluß an Wentker untersucht *Besier* die 60er, 70er und 80er Jahre. Er kennzeichnet die kirchenpolitische Rolle der Ost-CDU im

liche Zeitgeschichte 6 (1993), S. 349-378. Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Neben-
bühne des SED-Staates: Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche
in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze*, 2 Bde. (Historisch-theologische
Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bde 5/1 und 5/2) Neukirchen-Vluyn 1994, Bd. 2, S. 190-
270. Deutlich positivere Bewertung der kirchenpolitischen Bemühungen der Ost-CDU, zumindest
für die 50er Jahre, bei Günter WIRTH (wie Anm. 32), v. a. S. 138-149.

38 Laut Christian von DITFURTH (wie Anm. 26), S. 68 f., fiel der Kampf gegen die Junge
Gemeinde »ins Ressort der CDU«. Tatsächlich lagen Initiative und Strategie bei der SED
und ihrer »Kampfbreserve« FDJ; der CDU war dabei keine führende Rolle zugeordnet; so
Hermann WENTKER, *Von der Kooperation zum Konflikt: Das Verhältnis der Ost-CDU zur Jungen
Gemeinde 1950-1953*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 91-110.

39 Dazu Thomas RAABE (wie Anm. 36), S. 137 f., 198 f., und Hermann WENTKER (wie
Anm. 38), S. 99 f.

40 Christian v. DITFURTH (wie Anm. 26), S. 33.

41 Hermann WENTKER (wie Anm. 37), S. 362 ff.; Thomas RAABE (wie Anm. 36), S. 138
und 266 f.

wesentlichen als einen »fortschreitenden Prozeß der Marginalisierung«,⁴² und er macht dies an mehreren Beispielen klar. Eine herbe Niederlage für die CDU-Kirchenpolitik waren etwa das Siechtum und der schließliche Niedergang des von ihr stark unterstützten »Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR«, der den evangelischen Klerus zur Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus bewegen sollte. Ähnliche Ausrichtung hatte die »Christliche Friedenskonferenz« (CFK). Sie hatte sich von ihrem Entstehen in Prag 1958 als blockübergreifende, ökumenische und friedensengagierte Bewegung zu einer einseitigen Interpretin sowjetischer Friedens- und Abrüstungsvorstellungen mit ausschließlich antiimperialistischem Akzent gewandelt. Ihr internationales Ansehen ging danach stark zurück. In der DDR gelang es nicht, die protestantischen Kirchen zum Beitritt zu bewegen. Die Leitungskader der CFK gehörten in der DDR ausnahmslos der CDU an. So war es auch bei der »Berliner Konferenz Europäischer Katholiken« (BK), dem katholischen Gegenstück zur CFK. Auch hier war der Erfolg mehr als dürftig: Katholische Geistliche enthielten sich aller Kontakte mit ihr und konnten auch für eine Zusammenarbeit mit der CDU nicht gewonnen werden.⁴³

Besier beschreibt auch den schweren Einbruch, den die CDU nach der von ihr entschieden befürworteten und lancierten Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) im Jahr 1969 und dessen offizieller Anerkennung durch die DDR-Regierung (1971) in ihrer kirchenpolitischen Bedeutung erlebte. Die SED glaubte, die nunmehr von der EKD abgespaltenen und aus westlichen »Fesseln« gelösten Gliedkirchen leichter handhaben und unmittelbar an sie herantreten zu können. Die CDU wurde als Zwischeninstanz kaum noch gebraucht, zumal sie ihre Vermittlungsfunktion aus Sicht der SED ohnehin nur unzulänglich erfüllt hatte. In der Folgezeit war eine eigene kirchenpolitische Profilierung der CDU kaum noch erkennbar; zu einem Spitzengespräch zwischen Honecker und den Leitungsgremien des BEK am 6. März 1978 waren keine CDU-Vertreter mehr eingeladen.

Auch der zuvor erhebliche personal- und wissenschaftspolitische Einfluß der CDU an den theologischen Fakultäten der Universitäten ging in der Folgezeit deutlich zurück. Die Partei wick jetzt mehr und mehr auf Sekundärbereiche kirchlicher Arbeit aus, wie die Pflege des lutherischen Erbes als Kulturgut, oder sie widmete sich vorrangig der Friedensarbeit, der Kulturpolitik und dem Umweltschutz. Bei den Vorbereitungen zum

42 Gerhard BESIER (wie Anm. 37), S. 191 f.

43 Vgl. auch Bernd SCHÄFER, »Um anzukommen muß man sich ›ankömmlich‹ artikulieren«: Zur »Berliner Konferenz« (BK) zwischen 1964 und 1993, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 111-125.

Lutherjubiläum 1983 in der DDR gestand die SED ihr nur eine Randrolle zu.⁴⁴

Trotz aller Bemühungen – sie reichten von regelmäßigen Gesprächen mit kirchlichen Laien, Pfarrern und kirchenleitenden Persönlichkeiten über Tagungsreihen, Zeitschriften (»Standpunkt«/»Begegnung«) bis hin zu den Arbeitsgruppen »Christliche Kreise« bei der Nationalen Front – blieben die Erfolge der CDU bei Christen und Kirchen eher gering. Von den knapp 8 Millionen Christen in der DDR traten nur etwa 100.000 »ihrer« Partei bei, darunter nur etwa 100 von insgesamt ca. 4.300 evangelischen Pfarrern; unter katholischen Geistlichen hatte sie offenbar gar keine Mitglieder.⁴⁵ In der Tat konnten Christen in der DDR die CDU kaum als Sachwalterin ihrer Interessen gegenüber dem Staat verstehen.⁴⁶ Denn bei Themen, die zwischen Staat und Kirchen strittig waren, stand sie in aller Regel auf seiten des Staates – so bei der Verurteilung des Militärseelsorgevertrages der EKD mit der Bundesregierung 1957, bei der Erneuerung der DDR-Verfassung 1968, obwohl diese den Kirchen starke Einschränkungen auferlegte, bei der sowjetischen Niederschlagung des »Prager Frühlings« 1968, bei der Lösung der evangelischen Gliedkirchen der DDR von der EKD 1969 sowie bei den Problemkomplexen Junge Gemeinde und Jugendweihe in den 50er Jahren.

Besier stellt die Kirchenpolitik der DDR-CDU in zweierlei Hinsicht als Mißerfolgsgeschichte dar: Einmal hat die Partei die von der SED geforderte Aussöhnung zwischen christlicher Ethik und atheistischem Sozialismus nicht geleistet. Zum anderen war sie keine wirkliche Sachwalterin christlicher Interessen gegenüber dem Staat.⁴⁷ Ein MfS-Bericht vom November 1987 stellte lakonisch fest, »daß der Einfluß der CDU in der Kirche gering ist«.⁴⁸ Das Versagen der CDU – so läßt Besier erkennen – trug nicht zuletzt daran Schuld, daß Kirche und Staat seit Beginn der 80er Jahre zunehmend direkt miteinander konferierten und der Kirchenbund dabei eine stärker werdende »Annäherung an wesentliche politische Positionen des SED-Staates« erkennen ließ.⁴⁹

44 Peter MASER, »Nützlich, ehrenvoll und beispielhaft« – Zur Rolle der Ost-CDU im Lutherjahr 1993, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 225-234.

45 Manfred AGETHEN (wie Anm. 2), S. 234 und 220, gestützt auf entsprechende sozialstatistische Angaben in ACDP VII-011-3857.

46 Thomas RAABE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung? War die Ost-CDU ein ehrlicher Sachwalter christlicher Anliegen in der DDR?*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 127-137.

47 Ähnlich auch Robert F. GOECKEL, *Die Rolle der CDU in der Kirchenpolitik der DDR*, in: Horst DÄHN (Hrsg.), *Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz*, München 1993, S. 92-103.

48 Zitiert nach Gerhard BESIER (wie Anm. 37), S. 270.

49 Ebd., S. 265.

4. Die Ost-CDU in der Wende 1989/90

Über die Rolle der CDU in der friedlichen Revolution in der DDR sind bislang außer Zeitungsartikeln nur einige kleinere Aufsätze erschienen.⁵⁰ Die Akten über diese letzte Phase der DDR-Geschichte sind in den Archiven zumeist noch nicht vollständig aufgearbeitet, auch scheinen – dies läßt jedenfalls der zentrale CDU-Aktenbestand im Archiv für Christlich-Demokratische Politik erkennen – in der Hektik der Ereignisse nicht alle Vorgänge und Entscheidungen dokumentarischen Niederschlag gefunden zu haben.

Die schon mehrfach konstatierte Kluft zwischen Parteileitung und Mitgliedschaft der CDU wurde vor allem im Zusammenhang der Wendezeitereignisse in der DDR sichtbar.⁵¹ Spätestens seit Mitte der 80er Jahre wuchs vor dem Hintergrund der Glasnost- und Perestrojka-Politik Gorbatschows in der Sowjetunion und der Reformbewegungen in Polen und Ungarn auch der Druck der Blockparteien-Mitglieder auf ihre Leitungen. Die Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzpolitik der Kirchen infolge des KSZE-Prozesses erfuhr auch unter CDU-Mitgliedern verstärktes Interesse. Die Informationsberichte aus Kreisen und Bezirken forderten zunehmend parteiinterne Reformen und eine Revision des Verhältnisses zur SED. Am 10. September 1989 brachten vier CDU-Mitglieder, allesamt Kirchenleute, die sich als Sprachrohr der Basis verstanden, in einem Brief an ihre Parteileitung, dem sogenannten »Brief aus Weimar«, die seit Jahrzehnten aufgestauten Unmutspotentiale zur Sprache: Kritik wurde vor allem an den Reisebeschränkungen, an der Pressezensur und der Gleichschaltung der Medien sowie an den Wahlmanipulationen geübt.⁵²

Obwohl die Parteispitze um Götting den Brief zu unterdrücken suchte und sich gegen alle Reformforderungen sperrte,⁵³ konnte sie nicht verhindern,

⁵⁰ Hier sind vor allem die Beiträge von Michael RICHTER zu nennen. Im folgenden wird insbesondere eingegangen auf: *Die Entwicklung der Ost-CDU 1989/90*, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994), S. 1015-1025; *Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 115-133; *Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 235-251.

⁵¹ Vgl. dazu neben den genannten Arbeiten von Richter auch Siegfried SUCKUT, *Vom Blocksystem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989*, in: Ilse SPITTMANN/Gisela HELWIG (Hrsg.), *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen. 23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der BRD, 5.-8. Juni 1990*, Köln 1990.

⁵² Manfred AGETHEN, *Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der »Brief aus Weimar« und der »Brief aus Neuenhagen«*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 89-114.

⁵³ Im Gegensatz zu Götting hatte der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach bereits im Sommer 1989 deutliche Distanz von der SED erkennen lassen und »eine Art von Pluralismus«

daß er zum Auslöser und Markstein eines radikalen Erneuerungsprozesses in der Ost-CDU wurde. Es kam in seiner Folge zum Rücktritt Göttings, der die Partei über Jahrzehnte hinweg nahezu autokratisch geführt hatte und zu einem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin. Kurz zuvor hatte die CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Lothar de Maizière bereits aus ihrer Satzung die Anerkennung der führenden Rolle der SED getilgt, und sie war mit Vorstandsbeschluß vom 4. Dezember 1989 aus dem »Demokratischen Block«, dem längst nicht mehr funktionablen Zentrum der »Bündnispolitik« der SED, ausgetreten. Unter de Maizière wies die CDU rasch den stärksten Reformeifer unter allen (ehemaligen) Blockparteien auf.⁵⁴ Bei dem Sonderparteitag im Dezember präsentierte sie sich personell, organisatorisch und programmatisch erneuert. Sie gestand ihre Mitschuld an den »Deformationen« in der DDR, legte den Sozialismusbegriff als »leere Hülle« ad acta und bekannte sich zu innerparteilicher und parlamentarischer Demokratie, zu ökologisch-sozialer Marktwirtschaft und zur nationalen Einheit.⁵⁵

In Richters Darstellung dieser Vorgänge wird erkennbar, daß sich der nur partiell erneuerte Hauptvorstand unter de Maizière und vor allem dieser selbst mit der Abkehr von einer sozialistischen Staatsvorstellung nicht leicht taten; man hatte – anders als weite Teile der Parteibasis – vorerst nur eine demokratische Reform des Sozialismus im Blick. Diese demokratisch-sozialistische Orientierung de Maizières war auch mitbestimmend für das Entstehen zahlreicher christlicher und konservativer Gruppierungen, denen die Abkehr der CDU von sozialistischen Traditionen nicht weit genug ging.⁵⁶ De Maizières Abkehr von einer »prosozialistischen Haltung«⁵⁷ kam letztlich nur auf Drängen der Basis und der westlichen CDU-Spitzen zustande. Die parteiinternen Richtungskämpfe zwischen Anhängern eines nur demokratisch erneuerten Sozialismus und solchen eines demokratischen Staatsmodells nach bundesrepublikanischem Muster hatten zunächst auch Kontakte der Parteileitungen von West- und Ost-CDU verhindert. Erst als diese Auseinandersetzungen nach dem Sonderparteitag, spätestens aber mit dem von Kohl und Rühle geforderten Austritt aus der Regierung Modrow

in der DDR angemahnt. Vgl. Peter J. LAPP, *Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62-68.

54 Siegfried SUCKUT (wie Anm. 51), S. 131.

55 »Erneuerung und Zukunft«. *Positionen vom CDU-Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin*, hrsg. von der Geschäftsstelle des Parteivorstandes der CDUD (CDU-Texte 1/90), Berlin(-Ost) o. J. (1990), Zitate (aus dem Hauptreferat de Maizières) S. 10 und 22. Eine genaue Untersuchung der Erneuerungsprozesse im Umfeld des Sonderparteitages wäre ein dringendes Desiderat; er ist allerdings im Ost-CDU-Zentralarchiv nur mäßig dokumentiert.

56 Dazu auch Peter R. WEILEMANN (u. a.), *Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR* (Deutschland-Report, 8), Melle 1990.

57 Michael RICHTER, *Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989* (wie Anm. 50), S. 131.

Ende Januar 1990 zugunsten der »Demokraten« entschieden waren, wurde der neue Ost-CDU-Hauptvorstand in Berlin für die Parteispitze der West-CDU als politischer Partner annehmbar; mit Kontakten zu Gliederungen der ehemaligen Blockpartei auf Orts- und Kreisebene hatte man schon frühzeitig begonnen.⁵⁸

Angesichts des raschen Autoritätsverfalls der am 17. November 1989 gebildeten Regierung Modrow wurden bereits für den 18. März 1990 Volkskammerwahlen angesetzt. Der West-CDU-Parteivorstand sah nur in einem Wahlbündnis ihrer ehemals SED-hörigen »Schwesterpartei« mit unbelasteten Partnern des demokratischen Neubeginns in der DDR eine Chance auf einen Wahlerfolg. Tatsächlich erreichte die Allianz für Deutschland als Bündnis aus CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA) mit 47,8 Prozent der Stimmen einen ebenso unerwarteten wie eindeutigen Wahlerfolg, von dem allein 40,6 Prozent auf die CDU entfielen. De Maizière wurde zum Chef einer Koalitionsregierung aus CDU, DSU, SPD und liberalem Parteienbündnis. Kohl und die Spitzen der West-CDU sahen in dem überragenden Wahlsieg der DDR-CDU nicht nur einen Beleg für die Überwindbarkeit ihrer Blockpartei-Belastung, sondern vor allem ein Votum für die rasche Herstellung der deutschen Einheit und für die Übernahme des politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik. So war auf staatlicher Ebene der Weg frei zur Wiedervereinigung mit der Zwischenstation einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Anfang Juli 1990, auf parteipolitischer Ebene zu einer Vereinigung von West- und Ost-CDU, die am 1. Oktober 1990 anlässlich des 38. CDU-Bundesparteitages in Hamburg erfolgte. Er ging über in den 1. gemeinsamen Parteitag einer gesamtdeutschen CDU.

Fazit und Ausblick

Noch steht die Forschung zur Ost-CDU und überhaupt zu den Blockparteien der ehemaligen DDR erst am Anfang einer quellengesättigten Aufarbeitung. Doch kann kein Zweifel bestehen, daß auch durch weitere Analysen das Bild von der Ost-CDU als einer im Kern von der SED abhängigen, weitgehend unselbständigen Hilfsorganisation zur Verwirklichung des »real existierenden Sozialismus« sich bestätigen wird. Ebenso wenig kann ein Zweifel bestehen, daß an diesem Bild Differenzierungen sowohl nach zeitlichen Phasen, als auch nach den Graden der Abhängigkeit und der Verantwortlichkeit, also insbesondere hinsichtlich der Beurteilung der Funktionselite der Partei auf der einen und der Mitgliedschaft auf der anderen Seite notwendig sind.

58 DERS., *Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990* (wie Anm. 50), S. 235 u. 240.

Für die frühen Jahre ist der nach wie vor schwierige Zugang zu russischen Archiven zu bedauern; so kann die an sich evidente sowjetische Lenkung des Transformationsprozesses der »bürgerlichen« Parteien nur unzureichend nachgewiesen werden.⁵⁹ Weiterhin wären für diese Zeit Einzeluntersuchungen zu den Landesverbänden der CDU notwendig, insbesondere im Blick auf ihr Verhältnis zur Zentrale in Berlin. Überhaupt wenden die bisherigen Arbeiten zur Ost-CDU sich vor allem der zentralen Ebene mit den Entscheidungsvorgängen in Berlin zu; die regionalen und lokalen Verhältnisse und damit auch die Parteibasis kommen vorerst nur spärlich ins Blickfeld. Hier wäre es vor allem interessant, die Rolle der Kreissekretäre näher zu beleuchten; mit ihrer Pflicht zur Loyalität gegenüber den Weisungen »von oben« bei gleichzeitiger Nähe zu den Bedürfnissen der Basis standen sie an einer Nahtstelle der Parteiarbeit. Wünschenswert wären auch Biographien der Protagonisten, und zwar sowohl aus der Phase einer noch demokratischen, um Unabhängigkeit ringenden CDU (z.B. Lemmer, Gradl) als auch aus der einer angepaßten CDU (Götting) und aus der Phase des Grenz- und Übergangsbereichs zwischen Widerstand und Gleichschaltung (v.a. Nuschke, Dertinger – die Hintergründe für seine Verhaftung im Januar 1953 sind längst nicht restlos geklärt). Auch die bis zum Mauerbau möglichen Parteikontakte zwischen West- und Ost-CDU sind bislang kaum untersucht, desgleichen die zahlreichen internationalen Kontakte der Ost-CDU, vor allem ins sozialistische Ausland, die durch Göttings langjährige Position als Präsident der Liga für Völkerfreundschaft erleichtert wurden. Hier kämen vor allem die 60er und 70er Jahre in Betracht, die bislang fast unbeachtet blieben. Dringendes Desiderat wäre weiterhin eine umfassende Darstellung von Arbeit, Selbstverständnis und Funktion der Exil-CDU, die sich bis zu ihrer Auflösung nach der deutschen Wiedervereinigung als legale politische Vertretung der CDU in der SBZ/DDR verstand und die von daher als regulärer Landesverband in die bundesdeutsche CDU eingegliedert war. Wünschenswert wären schließlich Untersuchungen zu den Beitrittsmotiven der Ost-CDU-Mitglieder; sie könnten Auskunft über Einstellungen zur SED und damit zum DDR-System überhaupt geben. Doch ist gerade dieser Bereich über archivalische Quellen und auch wegen der Subjektivität der Aussagen bei mündlichen Befragungen schwer zu erschließen. So wird die vieldiskutierte Frage, ob CDU-Mitgliedschaft eher Solidarisierung mit der SED oder eher Absetzung von ihr bedeutete, weitgehend offen bleiben.

⁵⁹ DERS., *Defizite bei der Erforschung des politischen Systems und der Parteien der SBZ/DDR – ein Diskussionsbeitrag*, in: Heiner TIMMERMANN (wie Anm. 21), S. 164.

